

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Mit dem 25. Juni 1950 ist im Bereiche der großen Politik ein Zeitabschnitt abgeschlossen und ein neuer Abschnitt begonnen worden. Was er uns bringt, kann heute wohl niemand sagen; wahrscheinlich könnte es nicht einmal Herr Stalin, selbst wenn er wollte. Es ist indessen vielleicht symptomatisch, daß der Begriff des «Kalten Krieges», welcher zur Kennzeichnung der letzten Periode diente, nunmehr aus der Terminologie mehr oder weniger verschwunden scheint, was aber noch lange nicht bedeutet, daß nun die Periode des «Heißen Krieges» gekommen wäre.

Die wichtigste Frage vor der neuen Lage geht zweifellos nach den Motiven, welche die Politik der Sowjetunion zu dem Vorstoß von Nordkorea nach Südkorea, also an das Meer, geführt haben. Nun sind hierüber schon recht zahlreiche Vermutungen geäußert worden, Vermutungen, die teils mehr und teils weniger bedrohlich klingen und deren am wenigsten weittragende dahin gehen, es handle sich um einen Vorstoß mit dem Zweck, die Reaktionsfähigkeit oder die Stärke der Amerikaner, bzw. des Westens überhaupt, zu prüfen. Hierüber weiß nun freilich niemand etwas Genaues, und solange dies so ist, kann vielleicht auch die wohl nicht ganz fernliegende Vermutung geäußert werden, die Sowjetunion hätte einfach die kommunistische Einflußzone, die ihr auf dem asiatischen Festland bereits zur Verfügung steht, durch die Wegnahme dieses Restzipfels vervollständigen, bzw. abrunden wollen. Tatsächlich hat es ja mit diesem

38. Breitengrad

eine seltsame und reichlich künstliche Bewandtnis, denn dieser Breitengrad stellt einfach die Linie dar, welche im August 1945 zur Abgrenzung der Besetzungszonen auf dem Papier festgelegt wurde. Es besteht denn auch kein Zweifel darüber, daß Korea durch diese Linie in höchst willkürlicher Weise auseinandergerissen wurde. Nordkorea ist stark industriell, Südkorea völlig landwirtschaftlich und, wie es scheint, gegenüber dem Norden in mancher Beziehung recht rückständig; es herrscht dort, so heißt es, eine ausgesprochene Feudalherrschaft, und zwar eine Feudalherrschaft, in der die korrupten Züge ebenso dominieren wie im nationalistischen China der Kuomintang oder auf den Philippinen, wo die Herrschaft des Präsidenten Quirino bereits bürgerkriegsähnliche Zustände geschaffen hat. Die nordkoreanische Propaganda hatte denn schon seit längerer Zeit das Stichwort «Landreform» unter die Bevölkerung des Südens getragen, und es ist gewiß, daß die mangelnde Widerstandskraft der südkoreanischen Armee zu einem nicht geringen Teil ebenso der dadurch geförderten Unruhe zuzuschreiben war wie es mit dem stark verbreiteten Partisanenwesen der Fall ist. Es ist irgendwie das Pech der Amerikaner, daß die Wahrung ihrer Interessen sie immer wieder dazu zwingt, sich mit der Stützung einigermaßen unwürdiger Regimente abzugeben.

Welches nun aber auch das Motiv gewesen sein mag, das Sowjetrußland zu diesem Vorstoß veranlaßte, — jedenfalls steht

Moskaus Urheberchaft

außer Frage. Und ob es sich nun dabei um die Abrundung der Einflußzone handelt oder um einen Probevorstoß: unter allen Umständen ist das Motiv rein machtpolitisch und letzten Endes von den nationalen und von den ideologischen Interessen der Großmacht des Ostens diktiert. Als seinerzeit vor neun Jahren der einmalige Staatsmann unserer geschichtlichen Zeit, Adolf Hitler, die Sowjetunion überfiel, indem er diesen Überfall genau so ins Gegenteil verkehrte wie es der Kreml im Falle Nordkorea/Südkorea getan hat, da standen ihm wenigstens noch einigermaßen romantische Erklärungen für die Politik des neuen Gegners zur Verfügung, die unseren nüchternen Tagen nun abhanden gekommen sind. Er hat sie in seiner großen Rede zur Rechtfertigung des Überfalls vor den «alten Kämpfern» am 9. November 1941 also formuliert:

«Als ich das letzte Mal hier zu Ihnen sprach, meine alten Parteigenossen, da konnte ich im Vollgefühl eines Sieges sprechen wie kaum je ein Sterblicher vor mir. Und trotzdem lastete damals auf mir eine schwere Sorge, denn ich war mir im klaren, daß hinter diesem Kriege als letzter derjenige Brandstifter zu suchen ist, der immer von den Händeln der Nationen gelebt hat: *der internationale Jude!* Ich wäre kein Nationalsozialist mehr gewesen, wenn ich mich von dieser Erkenntnis je entfernt hätte...».

Inzwischen hat nun die historische Entwicklung mit solchen «Erkenntnissen» gründlich aufgeräumt; und was für uns Heutige bleibt, ist die Festlegung der Tatsache, daß wir mit dem 25. Juni 1950 in eine neue Phase der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West eingetreten sind.

Nach kurzem Zögern hat sich die Regierung des Präsidenten Truman entschlossen, die «Abrundung» der sowjetischen Machtzone nicht hinzunehmen, ihr vielmehr mit militärischen Machtmitteln entgegenzutreten. Die Welt hat allen Anlaß, der Regierung des Präsidenten Truman dafür ihren Dank abzustatten. Der Präsident hat diesen Entschluß offensichtlich fast ausschließlich aus politischen Erwägungen gefaßt, war doch Korea rein militärisch zweifellos abgeschrieben, indem die militärischen Führer der U.S.A. die Halbinsel als außerhalb ihres Verteidigungsdispositivs liegend betrachteten. Und so waren es denn auch in erster Linie Militärs, welche ihre Stimme gegen die Intervention erhoben; vielleicht geht man auch nicht zu weit mit der Vermutung, daß gerade die entscheidende militärische Person im Fernen Osten, General MacArthur, gegen ihren Willen in dieses Abenteuer gestürzt wurde, für das, wie man sah, so gut wie nichts vorbereitet war.

Sind somit politische Erwägungen für den Entschluß der Vereinigten Staaten ausschlaggebend gewesen, so waren sie gleichzeitig auch zwingend. Selbst unter der heutigen wenig ansprechenden Perspektive, daß

die Intervention in Korea

sehr erhebliche Opfer fordert und mit ganz erheblichen Risiken belastet ist, erscheint sie aus politischen Erwägungen unerläßlich, und zwar auch dann, wenn die

Amerikaner gezwungen sein sollten, das südkoreanische Gebiet vorerst ganz zu räumen. Es läßt sich heute bereits übersehen, daß der Westen, vor allem aber eben die U.S.A., einen Verlust an Prestige von ungewöhnlichen Ausmaßen erlitten hätte, wäre der kommunistische Vorstoß ohne militärische Reaktion hingenommen worden. Hier muß indessen gleich angefügt werden, daß die ursprüngliche Einstellung bei den Hauptmächten des Sicherheitsrates keineswegs allseitig positiv gerichtet war. In maßgebenden englischen Kreisen war die Stimmung zu Anfang recht labil; jedenfalls wollte man dort die Notwendigkeit der Intervention nicht ohne weiteres einsehen. Vor allem aber erwies sich

Frankreich

als durchaus unsicher, und es läßt sich nicht bestreiten, daß dort eine Art defeatistischer Stimmung herrscht, die zum Aufsehen mahnt. Die Bewegung, welche Frankreich am liebsten für die Zukunft in einer ausgesprochenen Neutralitätsstellung sehen würde, ist nicht nur nicht erloschen, sondern sie hat durch die Ereignisse der letzten Wochen einen ausgesprochenen Auftrieb erhalten. Es wurden in der Tagespresse französische Stimmen wiedergegeben, «Europa sei über Amerikas Schwäche bestürzt», und ein Mitglied der «Académie Française» äußerte sich unlängst im Pariser «Monde»: «Wenn man nicht die Waffen seiner Politik haben kann, so muß man die Politik seiner Waffen haben», — eine Wendung, in der das defeatistische Element unverkennbar ist. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Kommunisten und die ihnen Affilierten im französischen Parlament nach wie vor zwischen 25 und 30 % der Abgeordneten stellen. Kraft ihrer ausschlaggebenden Stellung haben sich die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat vorerst durchsetzen können, aber ohne Druck ist es offenbar nicht abgegangen.

Die Beschlüsse des Sicherheitsrates sind eindeutig. Sie verlangen die Wiederherstellung der Lage am 38. Breitengrad. Es müßten schon außergewöhnliche Umstände eintreten oder seitens der wieder teilnehmenden Sowjets außergewöhnliche Konzessionen geboten werden, wenn dieser Beschluß aufgehoben werden sollte. Angesichts der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten konnte auch dem

Vermittlungsversuch Indiens

kein Erfolg beschieden sein, zumal es sich ziemlich bald erwies, daß er von den Staatsmännern Moskaus ausschließlich als Propagandamanöver verwertet werden wollte. Bei dieser Entwicklung ist es deshalb auch begreiflich, daß die Frage der Ersetzung des nationalistischen China im Sicherheitsrat durch das kommunistische vorerst zurückgestellt ist, wenn auch die Maßnahme früher oder später fällig wird. In der Absicht, eine Rolle als neue Weltmacht zu spielen, hat sich Indien vorerst etwas weit vorgewagt, und wenn eine schweizerische Wochenzeitung bei Gelegenheit dieser indischen Intervention von einem «subtilen diplomatischen staatsmännischen Spiel» schrieb, «das anscheinend die primitiven Mittelwestbegriffe Trumans und Dean Achesons übersteigt», so dürfte das Urteil in diesem Falle vielleicht etwas schnell gefällt worden sein.

Die Staatsmänner der U.S.A. haben inzwischen deutlich erklärt, daß sie keineswegs irgendwelche territorialen Ansprüche geltend zu machen haben. Das gilt vor allem auch für die Politik hinsichtlich der

Insel Formosa.

Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, welche ausschließlich auf amerikanisches Konto geht. Die anderen Mitglieder der Vereinigten Nationen haben hiefür keinerlei Verantwortung übernommen. Man hat sich im Gegenteil von diesem Schritt deutlich distanziert, eine Haltung, die mit besonderer Schärfe in London zum Ausdruck gekommen ist. Nachdem nun Formosa ebenso wie Korea außerhalb der bisher verfolgten militärischen Konzeption der U.S.A. gelegen ist, wird man in dem amerikanischen Schritt bezüglich dieser Insel vor allem eine taktische Maßnahme zu erkennen haben, indem sich Washington damit ein Pfand sichern will, das bei einer späteren Bereinigung wohl zu verwerten wäre. Der Schritt birgt freilich insoweit ein besonderes Risiko, als es sich um chinesisches Gebiet handelt, das an der Konferenz von Teheran von den Großmächten als solches anerkannt wurde, — eine Anerkennung, die nachträglich in Kairo gegenüber Marschall Tschiang Kai-shek ihre Bestätigung erfuhr. Es wird nun zwar von den meisten Beobachtern als unwahrscheinlich angesehen, daß aus dieser Maßnahme ein Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und dem kommunistischen China erwachse. Allein diese Frage bleibt immerhin offen, und es bestehen hier Gefahrenmomente, die nicht übersehen werden dürfen. Doch damit rücken bereits die allgemeinen Auswirkungen des Krieges in Korea in den Kreis der Betrachtungen.

In demselben Maße wie das Prestige des Westens durch das Ausbleiben einer machtpolitischen Reaktion auf den kommunistischen Vorstoß in Korea geschwächt worden wäre, hat die prompte Reaktion im allgemeinen positiv und stärkend gewirkt, — wenn man wenigstens von gewissen Auswirkungen der Unsicherheit absieht, die wir bereits gestreift haben. Unter der Führung der Vereinigten Staaten hat der Westen bewiesen, daß er nicht geneigt ist, Aggressionen unbesehen hinzunehmen.

Zugleich ist

das Ansehen der Vereinigten Nationen

durch die Maßnahme wesentlich gestärkt worden, umsomehr als sich nunmehr verschiedene der Mitglieder an der Intervention mit militärischen Mitteln, auch mit Landtruppen, beteiligen, allen voran Großbritannien. Entscheidend aber ist die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten offensichtlich entschlossen sind, ihre Machtmittel zu mobilisieren und sie, koste es was es wolle, zur Bereinigung der koreanischen Affäre einzusetzen. Dadurch, daß die Großmacht des Westens sich nun für die Aufrüstung entschieden hat, erhält das Bild der Weltlage zweifellos einen vor dem 25. Juni nicht gekannten Charakter. Wesentlich sind dabei einmal die psychologischen Auswirkungen auf die freiheitsliebenden Völker der ganzen Welt. In einer gewissen Beziehung enthalten diese Auswirkungen gleichsam auch eine Art zwingenden Charakter, indem verschiedenen anderen Mächten kaum etwas anderes übrig bleibt, als dem guten Beispiel nunmehr nachzueifern. Freilich ist die Durchführung eines solchen Entschlusses mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Und sicher wird die Frage, in welchem Maße nunmehr auch die übrigen Staaten des Westens aufzurüsten haben, in nächster Zeit die Diskussion stark beleben.

Der britische Verteidigungsminister hat vor kurzem das Ausmaß der

Rüstungen der Sowjetunion

mit 175 Divisionen angegeben. Birgt nicht die Geschichte in ihrem Schoß seltsame Parallelen? In der bereits zitierten Rede Adolf Hitlers an die «alten Kämpfer», vom 9. November 1941, wurde die Entwicklung bis zum Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion wie folgt wiedergegeben:

«Als ich damals im vergangenen Jahr zu Ihnen hier sprach, bedrückte mich bereits die Einsicht in eine Entwicklung, die nicht mehr mißdeutet werden konnte. Während wir gerade den Aufmarsch im Westen durchführten, begann Sowjetrußland schon mit dem Aufmarsch im Osten. Es trat ein Moment ein, da standen von uns in Ostpreußen drei Divisionen, während Rußland im baltischen Raum 22 mobilisiert hatte. Und das verstärkte sich nun von Monat zu Monat... Im Laufe von wenigen Monaten wurden nicht weniger als 900 Flugplätze in Bau gegeben und zum Teil fertiggestellt... Neue Fabriken wurden eingerichtet, Fabriken, von denen Sie sich, meine Parteigenossen, zum Teil vielleicht keine Vorstellungen machen können. Wo vor zwei Jahren noch ein Bauerndorf stand, wurden in dieser Zeit Rüstungsfabriken aufgerichtet, die nunmehr 65 000 Arbeiter beschäftigen! Vor Lehmhöhlen wurden Fabrikanlagen und Verwaltungsgebäude der GPU gebaut. Vorne Paläste, rückwärts Gefängniszellen für grausamste Marterung! Parallel damit ging nun eine Verschiebung von Truppen an unsere Grenze, nicht nur aus dem Innern Rußlands, sondern sogar aus dem Fernen Osten dieses Weltreiches. Division reihte sich an Division. Schließlich waren es über 100, dann 120, 140, 170 Divisionen und darüber hinaus. Unter diesen bedrückenden Erkenntnissen habe ich damals Molotow nach Berlin geladen...».

Vor dem gewaltigen Ausmaß an Rüstung, welches der britische Verteidigungsminister mit 175 Divisionen nannte, erscheint tatsächlich die Möglichkeit einer Aufrüstung des europäischen Westens in genügendem Ausmaß höchst problematisch. Es ist anzunehmen, daß über diese Möglichkeiten im Ständigen Rat der Mächte des Atlantikpaktes disponiert wird. Die bisher maßgebende Auffassung, daß der europäische Westen von sich auch nicht mehr als die Mittel für eine allfällige Verzögerung des gegnerischen Angriffs bereitstellen könne, wird dabei grundsätzlich wohl nicht verlassen werden. Von jeher rechnete man ja mit dem entscheidenden Einsatz des Potentials der Vereinigten Staaten, insbesondere also mit dem Einsatz der Atombombe. Es ist kaum anzunehmen, daß an dieser Aufteilung der Einsatzmittel auch in Zukunft viel geändert wird. Und unter diesem Gesichtspunkt dürfte auch das Problem einer allfälligen Aufrüstung Westdeutschlands weiter behandelt werden; grundlegende Wandlungen sind in dieser Hinsicht nicht wahrscheinlich. Ganz allgemein ist bei der Frage einer Aufrüstung des europäischen Westens nach wie vor die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß die in Betracht kommenden Länder noch mitten in der Periode ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus stehen und daß eine allzu brüske Störung dieser Entwicklung Rückwirkungen zur Folge haben könnte, durch welche ein großer Teil der Anstrengungen auf dem Rüstungssektor wieder zunichte gemacht würde.

Als wirklich entscheidendes Element der neuen Lage ist deshalb allein, aber mit ihrem ganzen Gewicht, die Tatsache einzusetzen,

daß das Rüstungspotential der Vereinigten Staaten nunmehr zum Einsatz kommt

und daß dieser Einsatz nicht mehr abgebrochen wird, bevor es gelingt, die expansiven Ansprüche des Kommunismus in die Schranken zu weisen. Es ist als das bedeutendste Ergebnis des Überfalls in Korea zu werten, daß die Sowjetunion nunmehr mit dieser Tatsache zu rechnen hat und daß sie bei allen ihren künftigen direkten oder indirekten Aktionen die fortdauernd sich steigernde amerikanische Einsatzbereitschaft berücksichtigen muß. In dieser Hinsicht hat sich deshalb die Stellung der Sowjetunion durch den koreanischen Überfall nicht verbessert, sondern verschlechtert. Nur will das natürlich nicht bedeuten, daß man in Moskau von weiteren Aktionen einfach absehen wird. Nach wie vor

verfügen die Sowjets über die «innere Linie»,

die es ihnen ermöglicht, je nach Belieben hier oder dort einen Satelliten vorzuschicken, ohne daß es deshalb zu einer allgemeinen Auseinandersetzung zu kommen braucht. Solche Aktionen dürften für Moskau um so leichter zu starten sein, als die Sowjetunion durch ihren Wiedereintritt in den Sicherheitsrat jederzeit in der Lage ist, entscheidende Beschlüsse dieses Organs durch ihr Veto zu verhindern, — eine Möglichkeit, die sie in der koreanischen Angelegenheit verpaßt hat.

So läßt jedenfalls die weitere Entwicklung der Dinge die Möglichkeit von Diversionen seitens der Sowjetunion durchaus offen, während ein direkter Angriff auf den Westen Europas nach wie vor höchst unwahrscheinlich ist, da man in Moskau ohne Zweifel einen dritten Weltkrieg ebenso wenig will wie anderswo. Für den Westen als Gesamtheit stellt sich damit das Problem so, daß einstweilen dafür gesorgt wird, weiteren Diversionen rüstungsmäßig sofort begegnen zu können. Bedeutend wichtiger aber, ja eigentlich entscheidend ist hingegen dies, daß es dem Westen gelingt, so rasch wie möglich aus der jetzigen Stellung der zweiten Hand in die Stellung der ersten Hand hinüberzuwechseln, also die jetzige Periode der Passivität zu überwinden und sich aus einem Zustand zu befreien, der im wesentlichen darin besteht, die Aktionen des Gegners abzuwarten und nachträglich über die Reaktion zu befinden. Das ist, so denken wir, wohl das entscheidende Element; Voraussetzung dazu ist freilich die größtmögliche Intensivierung der Rüstung und eine unerschütterliche Festigkeit in der Bewahrung der eigenen Positionen. Unter dieser Voraussetzung — und nur unter dieser Voraussetzung — werden die von Churchill nach wie vor vertretenen Anstrengungen von Erfolg begleitet sein, eines Tages mit der Sowjetunion einen Frieden auf lange Sicht zu erreichen.

Allein alle diese Bemühungen können zweifelsohne den Erfolg nur dann bringen, wenn die Bestrebungen unablässig und intensiv fortgesetzt werden, im Bereiche des gesamten Westens, im Bereiche aber auch seiner kolonialen Einflußzonen,

die Anfälligkeit gegen die kommunistische Infiltration zu beseitigen.

Wenn dies nicht gelingt, so ist auf die Dauer wohl weder in Europa, noch in Afrika, noch in Asien etwas zu machen. Grundsätzlich möchten wir deshalb den Gedanken beipflichten, welche Dr. Wolfgang Glaeßer (Bonn) kürzlich in einem Briefe an den «Schweizer Spiegel»: «Soll Deutschland aufrüsten?» Ausdruck gegeben hat — indem er die Titelfrage durchaus negativ beantwortet —:

«Eine militärische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wird als wenig sinnvoll angesehen, weil diese keine Lösung verbürgt. Will man den Kommunismus, der in Wahrheit eine Art Pseudoreligion darstellt, wirksam bekämpfen, dann gilt es, überall im Bereiche der westlichen Welt soziale Lebensbedingungen zu schaffen, die die Menschen vor dem kommunistischen Bazillus immunisieren. Man hat sehr wohl erkannt, daß die Machthaber des Kreml alle ihre Hoffnungen auf die wirtschaftliche Unsicherheit in den kriegsversehrten westeuropäischen Ländern setzen und ihre ganzen Bestrebungen darauf richten, eine wirtschaftliche Konsolidierung in Deutschland, Frankreich und Italien zu verunmöglichen. Der Kreml hofft eben, daß die wirtschaftliche Not ihm die Völker Europas ohne Schwertstreich in die Arme treibe, während er gar nicht daran denkt, es auf eine militärische Kraftprobe mit dem von Amerika beschützten Westeuropa ankommen zu lassen».

Jann v. Sprecher

Brief aus Italien

Was auch immer der Koreakonflikt noch bringen mag; — eines steht für Italien fest:

Der 25. Juni

ist auch hierzulande zu einem historisch wichtigen Datum geworden. Zwar nahm die Reaktion auf die fernöstliche Aggression einen andern Verlauf als in vielen andern Ländern. Der großen Masse blieb die Bedeutung des nordkoreanischen Angriffes im ersten Augenblick verborgen, weshalb die Stimmung vorerst merkwürdig ruhig blieb. Erst die sich daraus ergebenden Weiterungen ließen eine Unruhe wach werden, die allerdings zum Teil wieder überwunden ist.

Besonders heftig hat die Börse nach anfänglich fester Haltung reagiert, und zwar vor allem der Aktienmarkt, der einen der ärgsten Zusammenbrüche seit dem Kriegsende erlebte. Früher flüchtete sich bei internationalen Krisen die Finanzwelt in Sachwerte: heute, im Zeitalter der Atombomben und der Flächenbombardierungen, sind Fabrikanlagen viel zu gefährdet, um als Investierungsobjekte in Zeiten der Spannung zu dienen. Zudem geht das Gespenst der Verstaatlichung um. Kein Wunder, daß das leicht transportable Gold wieder zu Ehren gekommen ist wie seit langem nicht mehr. Zu einer Verstärkung der Krisenstimmung hat die Enthüllung der mangelnden militärischen Vorbereitung der Vereinigten Staaten beigetragen, die in Italien allgemeines Erstaunen auslöste. Was nützen Atombombenlager, wenn augenscheinlich die amerikanische Luftwaffe nicht in der Lage ist, sofort mit überlegenen Kräften einen Angriff zu parieren? Kein Mensch zweifelt am Kriegspotential Nordamerikas, aber was soll aus Europa werden, wenn es Monate, wenn nicht Jahre brauchen wird, um dieses Potential in Schlagkraft umzusetzen? Nicht minder enttäuscht hat das Versagen des amerikanischen Nachrichtendienstes, wie überhaupt die offensichtliche Unkenntnis der wahren Verhältnisse Nordkoreas auf Seiten hoher amerikanischer Persönlichkeiten.

Wenn die moralische Ausgangslage für Togliatti und Nenni besser gewesen wäre, so hätten sie aus der ganzen Korea-Affäre bestimmt weit mehr Kapital für ihre Richtungen herauschlagen können, denn bei aller Anerkennung für das forsche

Auftreten Trumans herrscht eine weitgehende Ernüchterung, ja Enttäuschung bis weit ins bürgerliche Lager. Das eindeutige Unrecht Nordkoreas, bzw. dessen Drahtzieher im Kreml liegt aber so klar zu Tage, daß trotz der bisherigen Erfolge die Marxisten keine großen Propagandaerfolge für sich buchen konnten. Sie haben sich im Gegenteil durch die schamlose Verdrehung der Tatsachen in eine Isolierung hineinmanövriert, die ihnen offenbar gar nicht gelegen kommt. Ihre Siegesbulletins aus Korea reimten übrigens schlecht auf ihre Friedensschalmeien und ihre Anti-Atombombenpetition, die mit großem Tamtam durchgeführt wurde. Kein Wunder, daß sie das koreanische Thema in der Plakatpropagandaschlacht in letzter Zeit plötzlich fallen ließen, um einer Vollbeschäftigung das Wort zu reden, die den bedrängten Kaufleuten die heißersehnte Absatzvermehrung bringen soll.

Dafür will nun aber die Regierungskoalition zu einer Propaganda-Offensive ausholen, welche die Parteigänger Moskaus als verachtenswerte Landesverräter zu brandmarken gedenkt, wie es schon Ministerpräsident De Gasperi in einer in der Kammer gehaltenen, sehr scharfen Rede getan hat. Es liegt der Regierung offenbar daran, den großen Prestigeerfolg, den ihr die Liquidierung des Banditen Giuliano und seiner Bande gebracht hat, auszunützen und die relative Ruhe im innerpolitischen Sektor durch Entlarvung der Kommunisten und Kryptokommunisten aufrecht zu erhalten. Die «Democrazia Cristiana», die führende Mehrheitspartei, hat noch einen speziellen Grund, die andern nichtmarxistischen Parteien in eine gemeinsame Propagandaaktion einzuspannen: in der Frage der Landreform und andern Problemen haben sich im Lager der Regierungskoalition in letzter Zeit weitgehende Differenzen offenbart; augenscheinlich ist vielen rechtsstehenden Kreisen die «riforma agraria» zu revolutionär, so daß nun versucht wird, sie abzubremesen. So sollen z. B. rationell bewirtschaftete Großgüter von der teilweisen Expropriation verschont bleiben.

Zusammenfassend darf wohl gesagt werden, daß die Korea-Affäre innenpolitisch eher klärend gewirkt und die Position der moskauhörigen Parteien zum mindesten nicht verstärkt hat. Sollte sich der Krieg früher oder später nach Europa ausdehnen, so würde die Regierung De Gasperi gegen die fünfte Kolonne bestimmt energisch eingreifen. Das von der großen Mehrheit gehegte Ressentiment gegen das Slawentum ist übrigens nicht nur ideologisch, sondern patriotisch fundiert, und mancher, der vielleicht nur ungern gegen russische Truppen marschieren würde, nähme den Kampf gegen jugoslawische Infiltranten auf, sollten diese die Triestiner Frage in ihrem Sinne zu lösen versuchen.

In außenpolitischer Hinsicht

bot die Berichtsepoche nicht viel Interessantes. Wie erwartet, gab Italien seine vorbehaltlose Zustimmung zum Schumanplan, wie es jeden internationalen Zusammenschluß unterstützt, der nicht seinen eigenen Interessen zuwiderläuft, wie z. B. der geplante landwirtschaftliche Pool zwischen Deutschland und Frankreich. In der Korea-Angelegenheit mußte sich sein Beitrag als Nichtmitgliedstaat der UNO natürlicherweise auf eine Erklärung moralischer Unterstützung der UNO-Intervention beschränken. Nach wie vor ist Italien bestrebt, durch bilaterale Verträge sein nationales Problem No. I, d. h. die Frage der Übervölkerung, einer Lösung entgegenzuführen. Durch das kürzlich mit Brasilien getroffene Abkommen dürfte da wieder etwelche Erleichterung geschaffen worden sein, aber eine radikale Lösung sehen wir nur in einer massiven Erhöhung der amerikanischen und australischen Immigrationsquoten für italienische Auswanderer. Gewiß wird die fortschreitende Industrialisierung, die Investierung amerikanischer Kapitalien und die vermehrte Exportmöglichkeit durch die Liberalisierung des innereuropäischen Handels eine Vermehrung der Arbeitsplätze bringen, aber nicht im Ausmaße der jährlichen Bevölkerungszunahme von ca. 500 000 Seelen. Es ist bis jetzt gelungen, die Arbeitslosenzahl auf der Höhe von ca. 2 Millionen zu halten, aber um dieses Krebsübel

endlich auszumerzen, genügen die bisherigen Anstrengungen Italiens und der Welt nicht. Nehmen sich auf weltpolitischem Hintergrunde die gegenwärtigen Immigrationsrestriktionen der USA. und Australiens gegenüber nichtgermanischen Auswanderungsländern nicht als ungewöhnlich kurzichtig aus? Haben die Italiener der Welt nicht die Renaissance geschenkt, haben seine Söhne in Argentinien und Brasilien — um von andern Ländern zu schweigen — nicht hervorragend am wirtschaftlichen Aufschwung Südamerikas teilgenommen? Blonde Haare und blaue Augen in Ehren, aber sie zu alleinigen Synonymen menschlicher Tüchtigkeit zu machen, erreicht oder übertrifft sogar Hitler'sche Rassenborniertheit. Kann es sich die freie Welt gestatten, im gigantischen Kampf gegen den Osten solche Arbeitsreserven brach liegen zu lassen?

Im wirtschaftlichen Bereiche

lauten die Nachrichten sehr widersprechend. Offizielle Statistiken verzeichnen eine Produktionszunahme von über 14 % gegenüber dem letzten Jahr für die ersten vier Monate des laufenden Jahres, was vor allem auf die Verbesserung der elektrischen Krafterzeugung zurückzuführen sein dürfte. Demgegenüber zeigt der Außenhandel rückläufige Tendenzen: die Einfuhr betrug im ersten Jahresdrittel 478 Millionen Dollar, die Ausfuhr 348 Millionen, in beiden Fällen liegen die Zahlen unter dem Vorjahrsresultat (auf der Einfuhrseite — 6 %, auf der Ausfuhrseite gar — 10 %). Der Inlandsabsatz der meisten Produkte ist ebenfalls unbefriedigend. Die Käuferschaft hält angesichts der fallenden Preise zurück, was zu Schleuderverkäufen und einer steigenden Zahl von Wechselprotesten und Fallimenten führt. Es ist hingegen wahrscheinlich, daß die in jüngster Zeit eingetretenen Erhöhungen vieler Rohmaterialien eine Umkehr der Situation herbeiführen werden. Der Textilsektor meldet bereits einen beträchtlich vermehrten Auftragsbestand.

Zwei sich diametral entgegengesetzte Tatsachen des Wirtschaftslebens dürften übrigens den stagnierenden Gütertausch beleben: das Inkrafttreten des neuen italienischen Zolltarifes und die fortschreitende Liberalisierung des intereuropäischen Handels. Die durchaus begründete Furcht vor Preiserhöhungen dürfte vorerst die für das Inland arbeitende Industrie in vermehrtem Maße tätig sein lassen, während die Befreiung von den lästigen Handelsschranken ohnehin produktionsfördernd wirkt. Ob es gelingen wird, die italienischen Industrien auch unter dem neuen Zollregime exportfähig zu erhalten, wagen wir angesichts der ohnehin starken Sozial- und Steuerbelastung nicht so optimistisch zu beantworten, wie es der italienische Handelsminister kürzlich getan hat. Wohl in richtiger Erkenntnis der latenten Gefahr würde übrigens ein einjähriger Interimstarif eingeführt, der zwischen den bisherigen und neuen Ansätzen liegt.

Der Geldumlauf bildet sich seit dem Jahresanfang wieder zurück und liegt mit ca. 950 Milliarden Lire um 8 % unter dem damaligen Höchststand. So erfreulich diese Tatsache an und für sich ist, so trägt sie zur gegenwärtigen Deflationsperiode sicher bei. Wohl auf diese zurückzuführen ist auch die Verlangsamung der Spareinlagen bei den Banken, welche wieder zu einer restriktiveren Kreditpolitik als in den letzten zwei Jahren geführt hat.

Trotz Koreakrise läuft der Anno-Santo-Tourismus weiterhin auf hohen Touren, während der gewöhnliche Fremdenverkehr durchaus nicht erfreulich ist. Im römischen Geschäftsleben zeigen sich bereits die ersten Katzenjammersymptome. Man hat sich offensichtlich vielerorts nicht Rechenschaft darüber abgelegt, daß zwischen 1925, dem letzten Heiligen Jahr, und 1950 nicht bloß eine fünfundzwanzigjährige Zeitspanne, sondern eine radikale Umgestaltung der Welt liegt.

Die freie Lira hatte vor dem 25. Juni die offizielle Kursnotierung erreicht und sie wochenlang behaupten können. Auch die heutigen Kurse liegen nur 2—3 % darunter. Praktisch bedeutet diese Angleichung eine Stabilisierung der italienischen

Währung und ihre Einreihung in den Hartdevisen. Mit der Schweiz und Belgien teilt Italien das nicht unberechtigte Renommée eines teuren Landes. Als Touristenland par excellence erwächst ihm daraus die harte Aufgabe, durch Kostensenkung wieder den Anschluß an die internationale Preislage zu finden, nachdem der leichte, aber trügerische Weg der Inflation gegenwärtig versperrt ist.

Peregrinus

Brief aus Ungarn

Als vor drei Monaten der seit 1948 amtierende Staatspräsident Arpad Szakasits plötzlich sein Amt niederlegte und aus dem öffentlichen Leben verschwand, war man sich über die Gründe, die zur Beseitigung dieses treuen Kollaborateurs der Kommunisten geführt hatten, zunächst nicht völlig im klaren. Die amtliche Version, der Präsident sei seit langer Zeit herzleidend und könne — da ihm der Arzt Bettruhe verordnet habe — nicht im Esterházy-Palais erscheinen und dort den Staatsgeschäften obliegen, fand von allem Anfang an nicht viel Glauben, da in den Reden Rákosis und in der Presse die in solchen Fällen doch üblichen Dankesbezeugungen ausblieben. Wenige Tage später zeigte es sich, daß die Pessimisten recht gehabt hatten: Szakasits legte auch sein Mandat nieder und war für niemanden zu erreichen. Zugleich mit ihm schied auch sein Schwiegersohn, der Abgeordnete Paul Schiffer, aus der Öffentlichkeit. Der letzte Zweifel über die Gründe dieses unerwarteten Rücktritts schwand, als vor einigen Wochen alle führenden Köpfe der alten Sozialdemokratie verhaftet wurden. Niemand fehlte: weder Imre Györki, einer der Veteranen der Partei, noch Anna Kethly, die Vizepräsidentin der Nationalversammlung; auch die Exminister Valentiny und Takacs sowie der bekannte Publizist Paul Justus waren unter den Eingesperrten. Sie alle haben nun mit einem Schauprozeß zu rechnen, dem ersten, der sich gegen die ehemaligen Bundesgenossen und Steigbügelhalter der Kommunisten richtet. Damit beginnt nun auch die Ausschaltung der Sozialisten, die nach der Fusion ihrer Partei mit der KP im neuen Parteiapparat immerhin noch einen gewissen Einfluß hatten.

Auf dem Wege zum Atheismus

Die Säuberung des öffentlichen Lebens von den «rechten» Sozialisten war aber nicht die einzige Folge der Demission Szakasits. Auch auf dem kirchlichen Sektor, wo nach der Verurteilung des Kardinals Mindszenty eine gewisse Beruhigung eingetreten war, kam es zu neuen Maßnahmen: über ein halbes Tausend Häuser katholischer Orden wurde von der Regierung beschlagnahmt und deren Insassen an bestimmten Orten konzentriert. Es ist klar, daß diese Maßnahmen nicht die richtige Basis für einen Modus vivendi mit der in Ungarn noch mächtigen katholischen Kirche abgeben konnten. So lehnten die katholischen Bischöfe denn auch eine Unterzeichnung der Stockholmer Friedensresolution ab und die nun aus ihren Klöstern gewiesenen Mönche und Nonnen begaben sich aufs Land, wo sie unter der Bevölkerung eine sehr wirksame Mundpropaganda für die Forderung nach Einführung des nichtobligaten Religionsunterrichtes in den Volksschulen veranstalteten. Dies war für den kommunistischen Unterrichtsminister Revai der Anlaß zu einer scharfen Rede, in der er zum ersten Mal die wahren Ziele der Arbeiterpartei auf dem Felde der Kulturpolitik darlegte. Die Religionsstunden — so sagte Revai — dienten zumeist der «reaktionären Hetze» und die Entsendung der Kinder in die

Religionsstunden sei «ein politisches Bekenntnis gegen die Volksdemokratie». Schließlich forderte er die Funktionäre und Mitglieder seiner Partei auf, ihre Kinder nicht am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen.

Die Äußerungen Revais richteten sich allerdings nicht nur gegen die katholische Kirche, sondern auch gegen die anderen Kirchen und Gemeinschaften. Bezüglich der Protestanten stellte er fest, daß auch dort die «Reaktion» den Kampf noch nicht aufgegeben habe, und an die Adresse der Juden richtete er die Warnung, ihre Auswanderungspläne nach Israel, wo man sie «ausbeute», fallen zu lassen. Nicht einmal die Sekten und Freimaurerlogen blieben vom Tadel Revais verschont: diese, deren Antiklerikalismus der Vergangenheit angehöre, hätten heute sogar lebhaftes Sympathien für die «westlichen Imperialisten». Unter diesen Umständen erscheint also die Hoffnung auf eine Beilegung des Kampfes zwischen dem kommunistischen Staat und den Kirchen momentan als eine eitle Hoffnung.

Die Mission Prof. Vargas

Seit Beginn dieses Jahres ist in Ungarn der Fünfjahresplan angelaufen. Seine Ergebnisse im ersten Vierteljahr sollen — nach einem amtlichen Bericht — zwar im Wesentlichen befriedigend sein, doch wird selbst im Volkswirtschaftsrat zugegeben, daß sowohl in der Gummi-, als auch in der Bekleidungsindustrie das Plansoll vorläufig nicht erreicht worden ist. Minister Ernő Gerő, der Mann, der über die Entwicklung des Fünfjahresplanes zu wachen hat, sagte auch den Grund für diese Schönheitsfehler: immer wieder komme es vor, daß einzelne Unternehmungen außerhalb des Planes, ohne Genehmigung, Millionenbeträge investierten. Auch im Außenhandel zeigten sich ernstliche Mängel und Rückstände. Nur der Import habe sich — im Vergleich zum Vorjahr — bedeutend (um 56 %) erweitert, während der Export nur um 1 % gewachsen sei. Aus der ergänzenden Mitteilung Gerös, der Handelsverkehr mit Rußland und den Volksdemokratien sei stark gewachsen, kann man unschwer erkennen, daß der Gütertausch mit dem Westen weiter zurückgegangen ist.

Noch ein Ereignis, das sich schon auszuwirken beginnt, verdient festgehalten zu werden: Prof. Varga, der lange in Ungnade lebende Finanzexperte des Kreml, ist vor kurzem in einer besonderen Mission nach seinem alten Heimatland gekommen. Dies hat — wie auch Minister Gerő indirekt bestätigte — nichts anderes zu bedeuten, als daß nun Ungarn an den niederen Lebensstandard der übrigen Ostländer angeschlossen werden wird. Man hat in Moskau schon lange den verhältnismäßig großen Überfluß an Konsumgütern argwöhnisch betrachtet und nun Prof. Varga nach Budapest geschickt, damit «nicht weiterhin der überwiegende Teil des Überschusses, der aus der Erhöhung des Volkseinkommens stammt, zur Hebung des Lebensniveaus verwendet werde» — wie sich Minister Gerő vorsichtig ausdrückte. Die Folge dieser Ankündigung waren Angst- und Hamsterkäufe in der Hauptstadt, die oft zu Schlangen vor den Geschäften führten.

Die Kultur — nur im Dienste des Staates

Verhältnismäßig wenig ist im Ausland über die völlige Umwandlung auf kulturellem Gebiet bekannt geworden. Presse, Schrifttum, Theater und sogar die Wissenschaft wurden in den Dienst des Regimes gestellt und haben heute nur den Zweck, die Menschen von einer anderen Seite her im gewünschten Sinn zu beeinflussen. So ist überall «die Linie» unschwer zu erkennen. Kunstwerke und Arbeiten, die nicht auf die neuen Verhältnisse Rücksicht nehmen, haben keine Aussicht, jemals in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Greifen wir nur das Gebiet des Schrifttums heraus, über das jetzt zum ersten Mal einige interessante Zahlen bekannt geworden sind. Zunächst ist es bemerkenswert, daß die Zahl der 1949 erschienenen Werke innerhalb eines Jahres von 5804 auf 4443 sank, während sich anderseits die Auflagenziffern mehr als verdoppelten. 67 % aller neuen Bücher erschienen im Vorjahr bereits in staatlichen Verlagsunternehmungen oder solchen der Partei und der Gewerkschaften, während der von 73 auf 33 % zurückgedrängte Privatsektor sich zu einem nicht geringen Teil mit Sonderdrucken bereits in Fachblättern erschienener Arbeiten begnügen mußte. 3335 von den erwähnten 4443 Büchern sind in die Kategorie der «wissenschaftlichen» Literatur eingereiht; beim näheren Hinsehen aber zeigt sich, daß 86 % dieses bedeutendsten Sektors auf die politische und politisch-ökonomische Literatur entfällt — auf Bücher also, die in erster Linie der kommunistischen Weltanschauung dienen. Die Steigerung der Buchauflagen aber erklärt sich aus dem in allen Betrieben eingeführten Zwangsabonnement. Der Buchpreis wird den Arbeitern der Einfachheit halber gleich vom Lohn abgezogen.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, wenn heute der Großteil der ungarischen Intelligenz ihr Vaterland verlassen hat. Angefangen von dem bedeutendsten Schriftsteller Lajos Zilahy, der 1945 noch den ersten russischen Soldaten mit dem Erlöser Christus verglich, über den populären Schauspieler Pal Javor, den Rechtsphilosophen Gyula Moor, den Atomphysiker Zoltan Bay bis zum Nobelpreisträger Prof. Albert Szentgyörgyi — sie alle haben Ungarn verlassen und sind ins Exil gegangen. Wer blieb, wurde bald zum Schweigen verurteilt und nicht einmal eine Persönlichkeit wie der bekannte Universitätsprofessor Georg von Lukacs konnte sich — trotz seiner bekannten kommunistischen Einstellung — halten. Kürzlich erst wurde er wegen seines «literarischen Formalismus» scharf getadelt und man darf gespannt sein, ob sein Ende jenem der politischen Anpasser von halblinks gleichen wird, die vor zwei Jahren den Kommunisten an die Macht verholfen haben.

Militärische Umschau

Ausbau der Armee ohne genügenden Neutralitätsschutz?

Die Diskussion über die militärpolitische Auffassung, über Bewaffnung, Ausrüstung, Organisation und Kampfkraft unserer Armee bewegt sich meist auf militärtechnischem Gebiet und prüft die finanziellen Auswirkungen, streift aber nur selten die außenpolitischen Grundlagen und Voraussetzungen unseres Wehrwesens. Daher fehlt der Diskussion vielfach der sichere Ausgangspunkt. *Keine Armee ist Selbstzweck.* Die These von Clausewitz, die Kriegführung sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, begreift auch die Definition der Armee als Mittel staatlicher Außenpolitik in sich. Das Heerwesen eines jeden Staates muß daher der außenpolitischen Zielsetzung entsprechen und ein taugliches Mittel zur Verfechtung der staatlichen Außenpolitik bilden. Das gilt auch für unser Land.

Das friedliche Ziel der schweizerischen Außenpolitik ist die Behauptung der *Unabhängigkeit*, in der seit 1815 festgelegten Umgrenzung, verbunden mit dem überlieferten Grundsatz der *Neutralität*, der seit 135 Jahren von den Mächten Europas

anerkannt wird. Daraus folgt die doppelte Aufgabe: *Schutz der Neutralität und Abwehr von Angriffen auf unsere Unabhängigkeit*. Beide Aufgaben berühren sich weitgehend, decken sich aber nicht vollständig. Es sind Fälle denkbar, in denen ihre Bedürfnisse und infolgedessen auch ihre Anforderungen an die Gestaltung und Ausrüstung der Armee auseinandergehen.

Die Aufgabe des Neutralitätsschutzes hat unsere Armee während zwei Weltkriegen mit mehr oder weniger Erfolg erfüllt. Die zweite Aufgabe stellte sich glücklicherweise nie, doch war die Armee jederzeit entschlossen, auch diese zu lösen. Trotz wiederholter Verschonung vom Krieg läßt unser Volk seine Armee nicht verkümmern, sondern will sie den Erfordernissen eines möglichen Krieges anpassen. Aber neben den Anforderungen eines Kampfes für unsere Unabhängigkeit darf man die eventuell abweichenden Anforderungen des Neutralitätsschutzes nicht übersehen.

In diesen Fehler verfallen die Verfechter des Reduitgedankens, die Organisation und Ausrüstung unserer Armee ausschließlich für eine Kampfführung in der Kernzone des Reduits treffen möchten. Die Reduitlösung des Jahres 1940 war eine durch *ungenügende Bewaffnung* bedingte Notlösung; als Grundsatz ist sie unannehmbar. Sie würde dichtbesiedelte, große und reiche Gebiete unseres Landes ohne ernsthaften Kampf einem Gegner preisgeben. Die Reduitlösung ist aber auch im Hinblick auf unsere Neutralitätspolitik unhaltbar. *Die Neutralität der Schweiz erstreckt sich auf die ganze Eidgenossenschaft*. Die internationale Anerkennung unserer Neutralität durch die Mächte des Wiener Kongresses erfolgte in der Erwartung, unser Land könne die Neutralität aus eigener Kraft aufrecht erhalten und habe stets 50 000 «guerriers» zur Verfügung, welche «*die Grenzen schützen werden, und daß das ganze Volk ihnen zur Seite stehe in dem Willen, die Grenzen des Landes und die Neutralität nicht verletzen zu lassen*»¹⁾. Der bewaffnete Schutz der Neutralität ist somit eine Vorbedingung ihrer Anerkennung seitens der Mächte. In der Tatsache, daß vor allem vom Schutz der Grenzen die Rede ist, kommt auch der Gedanke zum Ausdruck, daß sich die Schutzverpflichtung nicht auf einen Kernraum beschränken darf. Auch Truppendurchzüge im bloßen Grenzgebiet, wie sie das 17. und 18. Jahrhundert kannte, müssen verhindert werden können²⁾. Der Neutralitätsschutz unseres ganzen Gebietes und vor allem auch der Grenzgebiete ist eine völkerrechtliche Verpflichtung, die stets zu den Selbstverständlichkeiten unserer Wehrpolitik gehört hat. So sagte der Bundesrat im Jahre 1936, wir müßten unsere Landesverteidigung so organisieren, «daß wir *an allen Grenzen abwehrbereit sind*»³⁾.

Eine nur für die Kampfführung in der Kernzone organisierte und ausgerüstete Armee wäre nicht in der Lage, die Abwehr an allen Grenzen zu führen und den völkerrechtlich bedingten Schutz der Neutralität zu garantieren. Die Beschränkung auf das Reduit wäre daher gleichbedeutend mit einer teilweisen Preisgabe unserer Neutralität, in Verletzung der 1815 eingegangenen Verpflichtungen. Das praktisch von Truppen entblößte Gebiet zwischen den politischen Grenzen des Landes und der militärischen Umgrenzung des Reduits würde die Kriegführenden zu Durchmarsch und Besetzung anlocken, sobald sich die Kampffronten unserem Lande nähern, und zur Behauptung veranlassen, wir würden unsere Neutralitätspflichten nicht mehr erfüllen. Es entspricht daher der völkerrechtlichen Verpflichtung zum Neutralitätsschutz, unsere Armee, gemäß den Grundsätzen der Landesverteidigungskommission, beweglich zu halten, damit sie in jedem Teile unseres Landes kämpfen kann⁴⁾.

* * *

¹⁾ Feldmann: Hundert Jahre Schweizer Wehrmacht. Bern 1935, S. 36.

²⁾ Im Zeitraum 1633—1714 fanden zehn entsprechende Grenzverletzungen statt. Vgl. Schweiz. Kriegsgeschichte, Heft VI, Seite 86—91 und Heft VII, Seite 37—42.

³⁾ Botschaft des Bundesrates vom 19. Juni 1936 betreffend Einführung einer neuen Truppenordnung, S. 2. (Bundesblatt 1936, II, 18.)

⁴⁾ Vgl. Maiheft 1950, S. 110 f.

Seitdem die Technik die Kriegführung auch in der Luft ermöglicht, stellt sich das Problem des Neutralitätsschutzes auch für den *Luftraum* über schweizerischem Gebiet. Daher sagte der Bundesrat 1947:

«Der Neutralitätsschutz hat sich auch auf den Luftraum zu erstrecken. Ohne Luftwaffe könnte die Schweiz ihrer Verpflichtung, die Benützung ihres Hoheitsgebietes, in das auch der Luftraum fällt, durch eine kriegführende Macht zu verhindern, nicht nachkommen. Die Fliegerabwehr allein vermöchte diese Aufgabe nicht zu erfüllen. Die Schwierigkeiten, die unserem Lande durch Überfliegungen, denen wir nicht wirksam genug begegnen konnten, erwachsen sind, dürften noch in deutlicher Erinnerung sein»⁵⁾.

Die Entwicklung des Flugwesens im und seit dem letzten Weltkrieg lehrt uns, daß dem Neutralitätsschutz des Luftraumes in einem zukünftigen Konflikt weit größere Bedeutung zukommen wird als bisher. Das zwingt uns, Flugwaffe und Fliegerabwehr weiter auszubauen und mit besseren und leistungsfähigeren Flugzeugen, Geschützen und Geräten auszurüsten. Während nun aber die Beschaffung von 175 Vampire-Düsenjägern im Gange ist, hat der Bundesrat am 21. April 1950, in Abänderung der Truppenordnung, einen *Abbau unserer Flugwaffe* eingeleitet. Unsere Flugwaffe zählte bis zum Jahresbeginn 27 Staffeln. Die Truppenordnung 1947 setzte ihre Zahl auf 27—30 fest und trug damit einer möglichen Weiterentwicklung Rechnung⁶⁾. Der Bundesratsbeschluß vom 21. April 1950 setzt nun aber die Zahl der Staffeln auf 21—30 fest und ermöglicht somit einen Abbau von sechs Staffeln⁷⁾. Man hatte bisher noch nie den Eindruck erhalten, unsere Flugwaffe sei zu stark. In weiser Voraussicht erklärte Generalstabschef von Sprecher kurz vor seinem Tode, wir könnten nie zu viel Flugzeuge besitzen⁸⁾. 1947 setzte die Landesverteidigungskommission die Anzahl der im Verhältnis zur Stärke unserer Armee benötigten Flugzeuge auf ca. 500 fest, wobei der Bundesrat bemerkte:

«Diese Zahl ist niedrig angesetzt, wenn man bedenkt, daß im Kriege immer ca. $\frac{1}{3}$ der Frontflugzeuge nicht einsatzbereit sind, weil sie sich in Revision oder Reparatur befinden und besonders bei Kriegsbeginn mit Abgängen gerechnet werden muß, die nicht oder nur erst später ersetzt werden können»⁹⁾.

Der drei Jahre später eingeleitete Abbau unserer Flugwaffe kann durch finanzielle Überlegungen und Rücksichten bedingt sein. Aber man muß sich fragen, ob eine geschwächte Luftwaffe noch in der Lage ist, ihre Aufgaben im Krieg und besonders auch ihre Neutralitätspflichten im Luftraum zu erfüllen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an eine Erklärung des Bundesrates des Jahres 1933:

«Halbheit ist schädlicher als nichts, denn sie führt zur Selbsttäuschung und die Kosten, die dafür ausgeworfen werden, bedeuten verlorenes Geld»¹⁰⁾.

Mit dem Neutralitätsschutz im Luftraum ist auch die Scheinwerferfrage verknüpft. Der letzte Aktivdienst zeigte, wie sehr der *Nachteinsatz unserer Flieger-*

⁵⁾ Bericht vom 7. Januar 1947 an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939/45, S. 93. (Bundesblatt 1947, I, Seite 536.)

⁶⁾ Beschluß der Bundesversammlung vom 17. Juni 1947 betr. die Organisation des Heeres. Eidgenössische Gesetzessammlung, Band 63, S. 513, Tabelle A, Ziffer II, 4.

⁷⁾ Sammlung der eidgenössischen Gesetze, Jahrgang 1950, S. 233.

⁸⁾ Fragen der schweizerischen Landesverteidigung nach den Erfahrungen in der Zeit des Weltkrieges. Zürich 1927, Seite 24.

⁹⁾ Botschaft vom 21. Mai 1947 über die Beschaffung von Flugzeugen. Bundesblatt, Jahrgang 1947, Band II, S. 139.

¹⁰⁾ Begleitbericht vom 9. Oktober 1933 zum Schlußbericht der Ersparniskommission für die Militärverwaltung, Seite 46. (Bundesblatt 1933, II, Seite 486.)

abwehr gegen Überfliegungen unseres Luftraumes von einer genügenden Anzahl von Scheinwerfern abhängt ¹¹⁾). Radargeräte bieten heute weit bessere Möglichkeiten für den Nachteinsatz der Fliegerabwehr. Es ist daher verständlich, bei der Vorbereitung einer neuen Heeresorganisation an die Auflösung der Scheinwerferkompagnien zu denken. Allein unsere Flab besitzt heute noch keine Radargeräte. In der Zeit zwischen der Auflösung der Scheinwerferkompagnien bis zur Ausrüstung mit Radargeräten müßte somit unsere Bereitschaft eine empfindliche Lücke erleiden, der Nachteinsatz unserer Flabtruppe würde verunmöglicht. Dies hätte aber eine teilweise Preisgabe unserer Neutralität zur Folge, nämlich der Neutralität des Luftraumes während der Nacht; die nächtlichen Überfliegungen unseres Landes durch die Luftflotten der Kriegführenden würden ohne jede Erdabwehr erfolgen. Taugt überhaupt eine nur am Tage einsatzbereite Fliegerabwehr etwas, angesichts der Tatsache, daß im letzten Krieg die meisten Überfliegungen unseres Landes nachts erfolgten? Würde nicht hier ebenfalls eine halbe Maßnahme vorliegen, deren Kosten verlorenes Geld bedeutet? Auf alle Fälle stünde der Verzicht auf den Nachteinsatz unserer Fliegerabwehr im Widerspruch zu unseren internationalen Verpflichtungen, die uns auch den Neutralitätsschutz im nächtlichen Luftraum auferlegen. Gewiß sind die Erfolgsaussichten beim Nachtschießen der Flab mit Scheinwerfern nicht sehr groß. Ein entsprechender Einsatz beweist aber wenigstens unseren guten Willen, Neutralitätsverletzungen überall und jederzeit entgegenzutreten.

Nur wenn unsere Armee auch bei ihrer Neuorganisation den Bedürfnissen und Anforderungen der *Neutralitätspolitik* gebührend Rechnung trägt, kommt das notwendige *Vertrauen* des Auslandes auf, das die Voraussetzung für jede Respektierung unserer Neutralität bildet ¹²⁾). Die Neuorganisation unserer Armee darf die Erfüllung bestimmter Aufgaben des Neutralitätsschutzes nicht verunmöglichen. Sonst schwindet dieses Vertrauen und unsere Neutralität würde bei einem neuen Konflikt nicht mehr respektiert.

Bundesrat und eidgenössische Räte müssen daher bei der Beratung einer neuen Truppenordnung auch die *neutralitätspolitischen Gesichtspunkte* berücksichtigen.

Miles

¹¹⁾ Aktivdienst 1939/45. Bericht des Kommandanten der Fl. und Flabtrp., S. 41, 87, 117, und Bericht des Bundesrates, S. 46.

¹²⁾ Die Wichtigkeit dieses Vertrauens wird in der bereits erwähnten Schrift von Oberstkörpskommandant von Sprecher wiederholt hervorgehoben.